

Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelder Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagssort: Bocholt.
Postverlagsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 202

Samstag, den 24. Juli 1937

Jahrgang 1937

Macht sich die Weltausstellung bezahlt?

V. A. Paris, im Juli.

Seit rund 100 Jahren haben die verschiedenen Nationen von Zeit zu Zeit Weltausstellungen veranstaltet, aber nur wenige von ihnen haben bilanzmäßig für das veranstaltende Land einen Gewinn gebracht. Doch bei den meisten von ihnen ist im Endeffekt ein erheblicher Gewinn zu buchen gewesen, weil als Nachfolge der Ausstellung immer eine Erhöhung des Außenhandels bei den Ländern eingetreten ist. Darum haben sich nur selten Widerstände in den Parlamenten ergeben, wenn am Schluss oder auch schon vor den Ausstellungen die Regierungen tief in den Steuerfächer greifen wollten, um die großen Ausgaben decken zu können. Wirkliche Verlustgeschäfte sind eigentlich nur die Weltausstellungen von Wien und Chicago gewesen.

In Frankreich war man immer trotz aller großen Ausgaben doch mit den Folgen der Weltausstellungen sehr zufrieden. In diesem Jahre freilich muß dem unbefangenen Besucher der Pariser Veranstaltung doch ein gelinder Zweifel aufsteigen, ob auch diesmal die Rechnung aufgehen wird. Frankreich hat sich diesmal die Ausstellung sehr viel kosten lassen. Vorzugsweise sind es Staatsgelder, die geopfert werden mußten, um das Gelände vorzubereiten, die Folgen der Ueberflutung der Gegend und eine außerordentliche Ausstellung aufzustellen. Daneben haben aber auch sämtliche ausstellenden Nationen ihre Länderpavillons sehr reichhaltig ausgestattet und große Summen für eine würdige Repräsentation aufgewendet. Darüber hinaus ist zu einem guten Drittel die Privatwirtschaft, vor allem die französische, und neben ihnen die Industrie der gesamten Weltstaaten an den Kosten der Ausstellung beteiligt. Genau abzuschätzen lassen diese sich nicht, doch läßt sich mit Gewißheit sagen, daß insgesamt weit über eine Milliarde schon jetzt ausgegeben wurde.

Diese Ausgaben sind nicht einzubringen, an Eintrittsgeldern ebenso wenig wie an den Pachtgebühren, und auch wenn man hinzunimmt, daß der stärkere Fremdenverkehr erhöhte Einnahmen bringt, kann man nicht sagen, daß nur die Hälfte der Unkosten gedeckt werden kann. Darum ist es umso wichtiger, die Frage zu beurteilen, ob nun auch die Nachwirkungen der Ausstellung so sein werden, daß mit einem späteren Zurechnen der Ausgaben und einem bescheidenen Gewinn gerechnet werden kann. Das muß gerade für Frankreich stark in Zweifel gezogen werden. Denn einmal machen die immer noch allenthalben vorherrschenden wirtschaftlichen Kriegszustände eine Vergößerung des französischen Außenhandels recht schwer. Frankreich hat zwar, wie in der Rede eines Ministers bei der Einweihung eines Pavillons gesagt wurde, mit der Weltausstellung die Absicht, zu zeigen, wie nett, friedlich und gemächlich es sich in Frankreich lebt, wie gut man ißt und trinkt, aber eine Belebung des Interesses für die hochkultivierte französische Ware, die dann später zu Bestellungen von Luxusartikeln und Gegenständen des täglichen Bedarfs führen müßte, kann nach dem bisherigen Verlauf der Weltausstellung nur zweifelhaft sein. Denn es zeigt sich allenthalben, daß bei sämtlichen Nationen ein kultureller Hochstand herrscht, der dem französischen unbedingt die Waage hält. Es gibt eigentlich kaum regionale Sonderkulturen; in allen europäischen Staaten weicht der Geschmack und die künstlerische Leistung nur unwesentlich voneinander ab. Gewiß, jede Landschaft hat ihre Besonderheiten, aber auch in diesen zeigen sich überall Spitzenleistungen, die die Interessenten anderer Länder zur Uebernahme reizen. Eine Ueberlegenheit der französischen Waren ist nirgends festzustellen.

Sicher ist, daß eine ganze Reihe von Ländern mit irgendwelchen Spezialitäten guten Anfang gefunden haben, was eine erhöhte Ausfuhr zur Folge haben wird, aber eine französische Steigerung der Ausfuhr von Kulturgütern wird kaum bemerkbar werden, denn es gibt eigentlich kein geschlossenes Bild von irgendeiner Kultur. Man spürt allenthalben eine krankhafte Suche nach neuen Formen, und oft genug werden recht bizarre Wege eingeschlagen. Einen wohlthuenden Gegensatz dazu stellt eigentlich nur der deutsche Pavillon dar, bei dem man auch trotz der gar nicht geringen geldlichen Aufwendungen mit einem günstigen wirtschaftlichen Abschluß rechnen kann.

Somit aber darf man nur auf den Verlust gespannt sein, den die Pariser Weltausstellung 1937 in Frankreich haben wird. Wir Deutsche haben an sich wenig Interesse daran, diese Summen nachzurechnen und um ihre spätere Abdeckung besorgt zu sein, für uns erschöpft sich die wirtschaftliche Seite der Pariser Weltausstellung darin, daß sie dem Veranstalter vermutlich sehr schwere Enttäuschungen bringen wird und daß die ganze Veranstaltung in ihrem Aufbau wie in ihrer Organisation ein Beispiel dafür darstellt, wie man es nicht machen darf.

Einführung einer Wehrsteuer

Vom 1. September 1937 erstmalig die Angehörigen der Jahrgänge 1914, 1915 und 1916 erfaßt, — Vor dem 1. Januar 1914 Geborene nicht wehrsteuerpflichtig.

für die nicht aktiv Dienenden.

DNB Berlin, 28. Juli.

Ein Wehrsteuergesetz vom 20. Juli 1937 (RGBl. I S. 821) ist erlassen worden. Der Begriff der allgemeinen Wehrpflicht gebietet danach, diejenigen deutschen Staatsangehörigen, die nicht zur Erfüllung der zweijährigen aktiven Dienstpflicht einberufen werden, mit einer besonderen Steuer zu belegen.

Die Volksgenossen, die zum aktiven Wehrdienst einberufen werden, müssen ihre Berufsausbildung unterbrechen oder, wenn sie die Berufsausbildung schon vollendet haben, ihre Stellung im bürgerlichen Beruf aufgeben. Diejenigen, die nicht aktiv dienen, können ihre Berufsausbildung ohne Unterbrechung vollenden. Sie können früher als diejenigen, die aktiv dienen, ihren erlernten Beruf ausüben oder sich sonst im bürgerlichen Erwerbsleben betätigen. Zum Ausgleich hierfür wird die Wehrsteuer durch das Wehrsteuergesetz eingeführt.

Nach diesem Gesetz haben die nicht zum zweijährigen aktiven Wehrdienst eingezogenen männlichen Deutschen — mit Ausnahme der im Ausland lebenden Deutschen — eine besondere Steuer (Wehrsteuer) zu entrichten.

Frei von der Wehrsteuer sind nur die Männer, die bei der Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht oder der zweijährigen aktiven Dienstpflicht für den Wehrdienst unfähig geworden sind.

Keine Wehrsteuer haben die Steuerpflichtigen zu entrichten, die ein Einkommen von weniger als 224 RM jährlich oder einen Arbeitslohn von weniger als 52 RM monatlich bezogen haben. (Bei dem Jahresbetrag sind 400 RM für Werbungskosten und Sonderausgaben abgezogen.)

Die Wehrsteuer erfaßt mit Wirkung vom 1. September 1937 erstmalig die Angehörigen der Jahrgänge 1914, 1915 und 1916, wenn über ihre Nicht-heranziehung zur aktiven Dienstpflicht bereits eine endgültige Entscheidung vorliegt. Männer, die vor dem 1. Januar 1914 geboren sind, sind nicht wehrsteuerpflichtig.

Die Steuerpflicht endet am Schluss des Kalenderjahres, in dem der Steuerpflichtige das 45. Lebensjahr vollendet hat.

Die Wehrsteuer wird beim Arbeitslohn durch Steuerabzug erhoben, im übrigen veranlagt.

Die Wehrsteuer wird nach dem Einkommen bemessen. Der Begriff des Einkommens im Sinn des Wehrsteuergesetzes stimmt mit demjenigen des Einkommensteuergesetzes überein.

Die Wehrsteuer beträgt in den ersten zwei Jahren nach Beginn der Wehrsteuerpflicht (entsprechend den zwei Jahren, in denen der Jahrgang des Steuerpflichtigen die zweijährige aktive Dienstpflicht erfüllt) 50 v. H. der Einkommensteuer (nicht des

Einkommens, sondern nur der Einkommensteuer, die auf das Einkommen entfällt), in den folgenden Jahren bis zur Beendigung der Wehrsteuerpflicht 6 v. H. der Einkommensteuer, die für dasselbe Kalenderjahr erhoben wird.

Da diese Tarifbestimmungen bei Personen nicht ausreichen, die keine oder nur eine sehr geringe Einkommensteuer zu entrichten haben, ist eine Mindeststeuer vorgesehen. Diese beträgt:

1. soweit die Wehrsteuer durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben wird, in den ersten zwei Kalenderjahren nach Beginn der Wehrsteuerpflicht 4 v. H. des Arbeitslohnes, in den folgenden Kalenderjahren 5 v. Tausend des Arbeitslohnes;

2. wenn die Wehrsteuer veranlagt wird, in den ersten zwei Kalenderjahren nach Beginn der Wehrsteuerpflicht 5 v. H. des Einkommens, in den folgenden Kalenderjahren 6 v. Tausend des Einkommens.

Schmähliche Vorgänge bei der „Tour de France“.

Belgische Rennfahrer wurden betrogen und geohrfeigt.

Empörung in Belgien über das „ritterliche“ Frankreich.

DNB Brüssel, 23. Juli.

Bei der 31. „Tour de France“ haben sich schmähliche Vorfälle ereignet, die zum Auscheiden der belgischen Mannschaft, die auch den vorausgesetzten Sieger des Rennens stellte, geführt haben. Schon bald nach dem Start hatten sich Meinungsverschiedenheiten ergeben, die jedoch eine tiefere Ursache hatten.

Das französische Publikum hat sich nun in den sportlichen Wettbewerben eingelassen und seinen Parteileuten zu offensichtlichsten Vorteilen verhalten. Am Mittwoch früh blieben daher die belgische Nationalmannschaft wie auch die belgischen Einzelfahrer dem Start zur 17. Etappe von Bordeaux nach La Rochelle fern.

Die Vorgänge haben in Belgien großes Aufsehen erregt und zu einer allgemeinen Vertimmung geführt. Die Presse billigt vorbehaltlos das Vorgehen der belgischen Mannschaft. Die Blätter veröffentlichen in großer Aufmerksamkeit Sonderberichte über die Zwischenfälle. In den Kommentaren

kommt tiefergehende Erregung über das Verhalten der französischen Bevölkerung und der französischen Sportpresse gegenüber den Belgiern zum Ausdruck.

Die „Dernière Heure“ hebt hervor, daß die Belgier wesentlich dazu beigetragen haben, aus der Tour de France das zu machen, was sie bisher war. Die belgische Mannschaft sei ehrenvoll aus dem Kampf hervorgegangen. Sie hätte den Kampf aufgeben müssen wegen der feindseligen Haltung einer Bevölkerung, die von einem Teil der französischen Presse aufgehetzt worden sei.

Die „Libre Belgique“ schreibt, es sei nicht zu leugnen, daß die Franzosen gegenüber den ausländischen Teilnehmern unwürdig gehandelt hätten. Die belgischen Rennfahrer seien betrogen und geohrfeigt worden. Die „Revue Belge“ meint, es werde vieler Neben des Präsidenten der Republik, Lebrun, bedürfen, um das getriebene Geheiß wieder in Ordnung zu bringen.

Die der Regierung nahestehende „Indépendance Belge“ wendet sich ebenfalls mit heftigen Worten gegen die feindselige Haltung der französischen Bevölkerung und schreibt, es sei zu erwarten, daß niemals mehr wieder eine nationale belgische Mannschaft an der Tour de France teilnehmen werde. Am härtesten ist die Erregung in der flämischen Presse. Sie hebt mit Genugtuung die würdevolle nationale Haltung der belgischen Mannschaft, die sich zum größten Teil aus Flamen zusammensetzt, hervor. Besonders erbittert macht die nationalflämische Zeitung „Volk en Staat“ ihrer Erregung über das „ritterliche“ Frankreich Luft.

Beginn in Bayreuth.

Der Führer bei der Parsifal-Aufführung.

DNB Bayreuth, 23. Juli.

Nach den erhebenden Tagen des Festes der Deutschen Kunst in München legt ein neues Ereignis Zeugnis ab von der Größe des deutschen Kunstschaffens und Kunstlebens: In Unwesenheit des Führers haben am Freitag in Bayreuth die diesjährigen Bühnenfestspiele

mit der Aufführung des „Parsifal“ ihren glanzvollen Anfang genommen.

Wieder hat die alte markgräfliche Residenz ihr schönstes Festgewand angelegt, um für die Bühnenfestspiele einen eindrucksvollen äußeren Rahmen zu schaffen. Festlich sind die Straßen mit Girlanden und Blumen geschmückt und die wahre Feststimmung hat, Bescheid griffen von den Einwohnern der Wagner-Stadt Bayreuth und ihren Gästen. Mit dem Führer an der Spitze ist eine große Wagner-Gemeinde aus dem Reich und dem Auslande wieder eingetroffen, die alljährlich an der würdigen Kunststätte auf dem Festspielgelände in den unsterblichen Werken des großen deutschen Meisters Begleitung und künstlerisches Erleben findet.

21 Aufführungen sind im Rahmen der diesjährigen Bühnenfestspiele vorgesehen und zwar acht „Rohengrin“, Aufführungen, fünf „Parsifal“-Aufführungen und zwei Aufführungen des „Ring der Nibelungen“. Wieder hat sich unter der Oberleitung von Frau Minnie Wagner, der Leiterin der Wagner-Erbs, das bewährte Dreigestirn der vorjährigen Festspiele zusammengefunden: Generalintendant Staatsrat Heinz Tieffen, der für die Gesamtorganisation verantwortlich ist und zugleich künstlerische „Rohengrin“-Aufführungen dirigiert; Staatsrat Dr. Wilhelm Furtwängler, der übertragene Dirigent der „Parsifal“- und „Ring“-Aufführungen und Professor Emil Preatorius, der Leiter der gesamten Bayreuther Ausstattungswelt, zu dem sich in diesem Jahre als Bühnenbildner für die Neujahrsaufführung des „Parsifal“ Wieland Wagner, der Enkel des Altmeyers, gesellte.

Den freudigen Auftakt für die Aufführung bildete die Fahrt des Führers vom Haupteisenbahnhof zum Festspielgelände vor den Toren der Stadt. Zu beiden Seiten der Straße hatten sich zu vielen Tausenden die Einwohner Bayreuths und der Bayrischen Ostmark versammelt, um den Führer mit jubelnden Heilrufen begeistert zu begrüßen.

Am Fürstentor des Festspielhauses hieß die Herrin des Hauses und Leiterin des Wagner-Erbes, Frau Minnie Wagner, den Führer willkommen. In ständiger Spannung hatte die verarmte Kunstgemeinde, die das Festspielhaus bis auf den letzten Platz füllte, das Eintreffen des Führers erwartet. Als der Führer seine Loge betrat, begrüßten ihn die Anwesenden mit erhabener Reue. Neben dem Führer nahmen in der Loge Frau Minnie Wagner mit Fräulein Verena Wagner und Reichsminister Dr. Goebbels Platz.

Dann schlug Richard Wagners weisheitsvolles Werk „Parsifal“ die versammelte Kunstgemeinde in seinen Bann.

Spanische Studenten in Deutschland. Die Studenten des deutschen Kurzes der Universität Salamanca sind nach Deutschland abgereist, wo sie drei Monate lang mit der deutschen Jugend in Bayern verbringen werden.



Deutsche Schwimmerinnen trafen zum Länderkampf in London ein.

Am Sonntagabend und Sonntag findet im Wimbledon-Stadion in England ein deutsch-englischer Schwimmländerkampf statt, zu dem Deutschland seine hoffnungsvollsten Vertreter entsandt hat. Das Bild zeigt die deutschen Schwimmerinnen auf dem Viktoriabahnhof in London nach ihrer Ankunft. (Scherl)

Die Ziele

R. S. Breslau, 23. Juli.

halls ein groß. Konzert. Die großen Veranstaltungshallen, wie schon erwähnt, dem Gelände des Hermann-Löding-Sportfeldes statt, Chöre und Feiern um den Saal in dem denach- riesten riesigen Messepalast und in der ebenfalls in der- der gelegenen imposanten großartigen Jahrhunderthalle, die im Jahr 1913 gelegentlich der nationalen Jahrhundertfeier zur Erinnerung an Preussens Erhebung erbaut worden ist. Die Halle hat eigens das Sängerbundfest einige bauliche Änderungen. Innern erfahren, die vor allem der Besserung der Stille dienen.

DNB London, 23. Juli.

773 London. 23. July.

DNB London, 23 July

DNB New York, 23. Juli.

Kavallerie brachen aber den Widerstand des Feindes, der sich fluchtartig zurückziehen mußte. Die Nation besetzten die Ortschaft Entrembais.

∴ Salamanca, 28. Xuli

r Flugwoche.

erinnerlich, ist bei den Ausschußberatungen über
Vorlage keinerlei auf die

auch später durch
ng im Hauptamt

Die Ziele des gemeinnützigen Wohnungsbaues.

v. Berlin, 23. Oktober.

Als Auftakt zu der diesjährigen Tagung des Hauptverbandes deutscher Wohnungsunternehmen (Vandergründungs- und -Gesellschaften) G. B., die in diesen Tagen in Karlsruhe stattfindet, sprach Hauptverbandsführer Dr. J. H. in Berlin vor Vertretern der deutschen Presse über die Arbeit und Zielsetzung des Verbandes als der Spitzenorganisation des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Er schilderte ausführlich die Entwicklung und die Eigenart der auf dem alten genossenschaftlichen Grundgedanken der Selbsthilfe beruhenden Wohnungs- und Siedlungspolitik.

Für die nächsten Jahre, erklärte er u. a., stehe der Arbeiterwohnbau im Vordergrund der Wohnungspolitik und Siedlungspolitik. Wer sich für ihn einsetzt, hilft mit an der Bewirkung der nationalsozialistischen Sozial- und Bevölkerungspolitik. Im vergangenen Jahre wurden mehr als ein Viertel der erstellten Wohnungen und Siedlungen auf gemeinnütziger Grundlage errichtet. In den Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern war der Anteil der gemeinnützigen Bautätigkeit auf über 35 v. H. angewachsen. Alle Angehörigen sprechen dafür, daß die gemeinnützige Bautätigkeit in den nächsten Jahren noch weiter ausgebaut wird. Die Wohnungsfrage ist so vielfältig, daß sie nicht schematisch befriedigt werden kann. Die gezielte Organisation des gemeinnützigen Wohnungsbaues ist an allen Orten des Reiches vertreten, doch die 3200 Wohnungsunternehmen sind nicht einheitliche Organisationen einer Zentralbehörde, sondern selbständige und sich selbst verwaltende Glieder einer umfassenden Bewegung, die sich in ihren Zielen gleich sind, aber Bewegungsfreiheit genug haben, um sich der jeweiligen Lage des regionalen Wohnungsmarktes anzupassen. Die Wohnungsbaufinanzierung der letzten Jahre ist durch einen verhältnismäßig großen Anteil der nicht organisierten Realcreditgeber gekennzeichnet. Diese haben im vergangenen Jahre nicht weniger als 780 Millionen RM — nach einer von der Bau- und Bodenbank aufgestellten Statistik — für über 940 Millionen — aufgebracht, das ist mehr als doppelt so viel wie der entsprechende Anteil im Jahre 1929, also zu einer Zeit ausgeprägter Hochkonjunktur auf dem Bauplatz. Es ist nicht nur die Frage, ob und in welchem Umfang es gelingen wird, das Privatkapital, das sich in den letzten Jahren in auffallend großem Umfang auf eigenes Risiko auf den Wohnungsmarkt gewagt hat, in die ordnungsgemäßen Bahnen zu lenken und zur Anlage bei den berufenen organisierten Realcreditgebern zu gewinnen.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wünschen in folgenden Punkten Entgegenkommen und Unterstützung bei der Finanzierung ihrer Vorhaben:

1. Es muß möglich sein, einen Teil des Eigenkapitals, das üblicherweise 25 v. H. betragen soll, durch Gemeinnützigkeitskassen in Form von päter rückzahlbaren oder löstfreien Darlehen aus Mitteln der freien Wirtschaft bzw. aus Mitteln der Betriebskassen, öffentlichen Hand, der NSB und anderen Dienststellen sozialpolitischen Charakters zu ersetzen. Die Unterstützung kann auch in der zinslosen Stundung von Grundbills und Aufschüßelungen und ähnlichem bestehen.
2. Das erforderliche Fremdkapital muß so möglich in niedrigen Zinssätzen zur Verfügung gestellt werden. Durch Ausnutzung aller einschlägigen Verfahren sind alle unnötigen Kosten zu vermeiden.
3. Durch den Ausbau eines zweckmäßigen Straßenbaus- und Aufschüßelungssystems und durch eine veranlagte Bodenpolitik, die die Spekulation ausschließt, sind die Baukosten möglichst niedrig zu halten.

XII. Internationaler Homöopathischer Kongress in Berlin.

Teilnahme von Vertretern aus 23 Staaten.

DNB Berlin, 23. Juli.

Die internationale Liga Homöopathischer Ärzte, die die homöopathischen Ärzte aus 23 Staaten umfaßt, hält ihren XII. Internationalen Kongress vom 8.—15. August d. J. in der Reichshauptstadt ab. Abgeordnete aus fast allen angeschlossenen Ländern, eine große Anzahl in- und ausländischer homöopathischer Ärzte sowie eine Reihe an der Homöopathie interessierter deutscher Kliniker haben sich bereits zu der Tagung angekündigt, die durch die Schutzherren und persönliche Teilnahme des Stellvertreters des Führers, Reichsminister Rudolf Heß ausgezeichnet wird.

Die alle fünf Jahre stattfindenden Kongresse sind sowohl für die wissenschaftliche Fortbildung als auch für den Ausbau der homöopathischen Lehre von internationaler Bedeutung. Der diesjährige Kongress erhält seine besondere Note durch die starke Förderung, die die Homöopathie durch den Nationalsozialismus zum Ausbau einer völkerverbindenden neuen deutschen Heilkunde erfährt.

Auf dem Kongress werden die folgenden wissenschaftlichen Themen von den hervorragenden Vertretern der Homöopathie aus dem In- und Ausland behandelt werden: I. Die Grundbegriffe der Homöopathie als Leitmotiv für das ärztliche Handeln, II. Krankheitsentstehung, III. Schlängeltheorie, IV. „Organon“, § 70 der 5. und 6. Auflage des Werkes. (Das „Organon“ ist das grundlegende Werk des deutschen Gründers der Homöopathie, Samuel Hahnemann, der vor 100 Jahren als Arzt in Deutschland wirkte.)

Der Präsident der Internationalen Homöopathischen Liga Dr. Gagliardi (Rom) eröffnet den Kongress in der Aula der Berliner Universität; ein Vortrag von Dr. Hans Rabe (Berlin), als des Kongresspräsidenten leitet ihn ein. Als Verhandlungssprachen sind Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch vorgesehen. Dem Ehrenauschuß gehören außer Reichsminister Rudolf Heß u. a. der Reichsarztführer Dr. Wagner, Stadtpresident Dr. Lippert, der bekannte Chirurg Professor August Bier und Dr. Ing. e. h. Robert Bösch, der Stifter des neuen großen Stuttgarter homöopathischen Krankenhauses, an.

Italienische Polizeioffiziere in Berlin

Austauschkommando der deutschen Polizeioffiziere studiert das italienische Polizeiwesen.

DNB Berlin, 22. Juli.

Vor kurzem ist in Berlin eine Abordnung italienischer Polizeioffiziere eingetroffen, die für drei Monate zur deutschen Ordnungspolizei abkommandiert ist, um deren Organisation und praktische Arbeit zu studieren. Eine entsprechende Abordnung deutscher Polizeioffiziere ist zum Studium des italienischen Polizeiwesens nach Italien abgereist.

Die italienischen Offiziere werden bei einigen größeren deutschen Polizeiverwaltungen informatorische Dienste tun und auch später durch eine kurze informatorische Besichtigung im Hauptamt Ordnungspolizei selbst Gelegenheit zum Einblick in die Organisation der Dienststelle des Reichsführers SS. und Chef der deutschen Polizei erhalten.

Beschluß der Weltkirchenkonferenz mit Spitze gegen Deutschland.

Verlust einer Einmütigkeit in deutsche Verhältnisse.

Scharfe deutsche Zurückweisung.

DNB Berlin, 23. Juli.

Die Weltkirchenkonferenz in Oxford hat eine Resolution an die Deutsche Evangelische Kirche beschlossen, zu deren Einführung der Lordbischof von Chester das Wort ergriff. Er hob zunächst die furchtbare Lage der Kirche in England hervor. Bei seinen Darlegungen über die Abwesenheit der Delegation der Deutschen Evangelischen Kirche gedachte er des Heimanges des Reichspräsidenten Dr. Simons und des Generalsuperintendenten D. Joellner. Er betonte die Tatsache, daß Dr. Simons im Kampf gegen Versailles gestanden habe; er machte auf die Unterlassungsbürokratie gegenüber den völkischen Deutschen aufmerksam und wies auf die wertvollen Bestrebungen hin, die das deutsche Volk während der vergangenen vier Jahre unternommen habe und auf die Sprache, mit der es an der Neuordnung seines Lebens arbeite. Der Lordbischof sprach von der großen Wertschätzung, die das deutsche Volk der Kirche in England entgegenbringe. Die Deutsche Evangelische Kirche habe die Unterlassungsbürokratie der Delegation der Deutschen Evangelischen Kirche gegenüber der Delegation der Deutschen Evangelischen Kirche in der Hinsicht, die angeblich der christlichen Jugendbeziehung entgegenstehe (!). Die Resolution schließt mit einem feierlichen Gelöbnis der Glaubensverbundenheit. Es wurde beschlossen, diese Resolution der Deutschen Evangelischen Kirche durch eine Delegation zu überbringen und über die Fortschritte der Oxford Konferenz Bericht zu erstatten.

Der Versuch der Oxford Weltkirchenkonferenz, sich in deutsche Verhältnisse einzumischen, wird durch das Deutsche Nachrichtenbüro mit folgenden Ausführungen scharf zurückgewiesen:

Während es eine Zeit lang schien, als ob man in Oxford größere Schärfe gegenüber Deutschland vermeiden würde, haben sich nun doch in den vorliegenden Resolutionen Tendenzen bemerkbar gemacht, die eine deutsche Spitze gegenüber dem Deutschen Reich enthalten. Dem Beschluß, eine Delegation nach Deutschland zu entsenden, stehen wir gegenüber und enthalten uns vorerst einer Stellungnahme, da noch nicht entschieden ist, wie die Kommission ausgewählt wird und welche weltumspannenden Aufgaben sie erhält. Allerdings ist uns das Auftreten und das System der internationalen Kontrollen aus der politischen Vergangenheit zu deutlich in Erinnerung, daß wir ein beratendes Unternehmen sehr skeptisch beurteilen.

Ueberaus merkwürdig berührt auch der in Oxford gefaßte Plan, einen „Weltrat der Kirchen“ zu schaffen, der alle fünf Jahre zusammentreten soll. Wird diesem Rat etwa die Aufgabe eines kirchlichen Weltbundes zuteil werden, in dem die anglikanische und die amerikanische Gruppe dominieren? Soll hier das alte Spiel, das uns von Genf aus bekannt ist, wiederholt werden? Das würde ein eindeutiges Eindringen der politischen Sphäre in die Angelegenheiten der Kirche bedeuten. Daß man sich nur aus dem ökonomischen Gedanken einer geistigen Führungsmacht herausgefordert eine organisatorische Angelegenheit geordnet, ein internationaler kirchlicher Apparat, der sich nur zum Schaden der einzelnen Kirchen auswirken kann. Hat man so wenig aus der unruhigsten politischen Arbeit des Generals Weltbundes gelernt, daß man sich auf kirchlichem Gebiet nachahmen darf? Es liegt zu erwarten, daß sich alle kirchlichen Kräfte in Deutschland diesem merkwürdigen Rat zuwenden werden. Die Kirche des Landes hat sich fernhalten. Die Kirche der Nationen hat sich fernhalten. Die Kirche einer Sektion einer internationalen Kirche spielen, die ihre Befehle von einer auswärtigen Stelle entgegennehmen.

Ebenso wenig kann man Verständnis für das in der Entscheidung zum Ausdruck kommende Völkertum mit dem politischen Katholizismus aufbringen. Man glaubt in diesen Kreisen, die Totalität des modernen Staates bekämpfen zu müssen, ist aber andererseits entschlossen, sich dem Totalitätsanspruch des politischen Katholizismus stillschweigend zu fügen.

Scharf zurückgewiesen werden muß aber, daß im Zusammenhang mit einer Resolution an die Deutsche Evangelische Kirche von der fiktionalen Lage in Sowjetrußland die Rede ist. Wo wären in Deutschland Kirchen zerstört und Geistliche ermordet worden, wie das in Laufen den Fällen in Sowjetrußland geschah? Wenn der Staat sich allerdings dagegen wehrt, daß die Gottesdienste zu politischen Hebräen mißbraucht werden, so ist er sich bemüht, damit die wahren Interessen der Kirchen im Sinne einer reinen Religiosität zu vertreten.

Die Erklärung zugunsten der sogenannten Bekenntnisfront wird somit nicht nur eine Sympathieerklärung für eine einzelne kirchliche Gruppe, sondern stellt auch eine tendenziöse und unwahre Verzerrung der Tatsachen dar. Dabei muß betont werden, daß die vom Lordbischof erwähnten Dr. Simons und Dr. Joellner dieser Gruppe nicht angehören.

Bei der Abfassung der vorliegenden Resolutionen haben sich die Kirchenvertreter in Oxford sehr weit von der Aufgabe ihrer Kirchen entfernt. Die Beschlüsse von Oxford haben den Gedanken einer ökonomischen Zusammenarbeit schwer geschädigt. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß sie auch in manchen Punkten, die in der Würdigung der Aufbauarbeit des deutschen Volkes, ein leider unvollkommenes Bemühen um das Verständnis für die Lage Deutschlands erkennen lassen.

Protest der deutschen Freikirchen, der Altkatholiken und Orthodoxen.

DNB London, 23. Juli.

Die Vertreter der Deutschen Freikirchen auf der Weltkirchenkonferenz haben eine Erklärung an den Geschäftsausschuß abgegeben, in der es u. a. heißt:

Die Evangelischen Freikirchen in Deutschland sind dankbar für die uneingeschränkte Freiheit der Verkündigung des Evangeliums von Christus und für die Gelegenheit, die sie in Deutschland haben, ihren Dienst in Evangelisation, Seelsorge, sozialer Fürsorge und Gemeindeaufbau tun zu können. Dem in der Deutschen Evangelischen Kirche ausgebrochenen Kirchenstreit gegenüber haben sich die evangelischen Kirchen von Anfang an neutral verhalten. Sie haben aber selbstverständlich innerlich mit unter den Folgen des Konflikts. Wir sind mit der großen Hoffnung nach Oxford gekommen, daß die Weltkirchenkonferenz ein Wort der Hilfe finden werde und in der Welt Verständnis für die Gesamtlage in Deutschland werden und den Weg zu dem lang ersehnten Frieden bahnen werde. Wir sind aber der Überzeugung, daß die „Botschaft an die Deutsche Evangelische Kirche“ in der von der Konferenz angenommenen Form einen solchen Mittelschritt nicht leisten kann, daß sie im Gegenteil geeignet ist, Gegensätze zu verschärfen, zumal in einer uns befremdenden Weise auch die römisch-katholische Kirche in die Botschaft einbezogen wurde. Insbesondere sehen wir uns nach sorgfältiger Prüfung des Textes, der uns leider erst während der Sitzung zugänglich gemacht wurde, genötigt, zu erklären, daß wir nicht zuzustimmen können.

Auf der Weltkirchenkonferenz in Oxford hielt der deutsche Methodistische Bischof M. E. am Donnerstag eine Rede, in der er energisch den deutschen Standpunkt in der Kirchenfrage zum Ausdruck brachte. Bischof M. E. führte u. a. aus: „Viele waren erstaunt, Vertreter deutscher Kirchen hier zu finden, da am ersten Tag unserer Konferenz der Eindruck entstanden war, als hätte überhaupt niemand von Deutschland kommen können. Nun, Sie haben gesehen, daß wir hier sind, und vielleicht ist schon diese Tatsache ein Beitrag zum Kapitel „Kirche und Staat“ in Deutschland. Wir wurde ich in diesen Tagen gefragt: „Wie ist denn eure — der Freikirchen — Stellung zum nationalsozialistischen Staat?“ Darauf kann ich nur antworten, daß in der Vereinigung evangelischer Freikirchen zusammengeschlossenen Kirchen (Baptisten, Methodisten, evangelische Gemein-

3000 Kähne sperren den Schiffsverkehr auf der Seine.

Fluß-Schifferstreiken gegen 40 Stunden-Woche.

DNB Paris, 23. Juli.

Der Streik in der französischen Flussschifffahrt hat in den letzten Tagen eine weitere Verschärfung erfahren und zur völligen Lähmung des Schiffsverkehrs auf der Seine und ihren Nebenflüssen geführt. Rund 3000 Kähne, Schlepper und andere Schiffe wurden von den streikenden Schiffern als Flusssperren vorangetrieben. Allein zwischen Paris, Chalon-sur-Marne, Le Havre und Nancy befinden sich 25 solcher Flusssperren. Die Lage ist äußerst gespannt. Man rechnet mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks und einer Unterbrechung des Schiffsverkehrs auch auf den Kanälen Nordfrankreichs.

Die Zeitung „Epoque“ schildert die Hintergründe dieses Streiks und führt aus, daß es sich bei diesem Streik um einen ersten Kampf zwischen der marxistischen C. G. T. Gewerkschaft und den kleinen selbständigen Flussschiffern handele. Man müßte sich vergegenwärtigen, daß der Großteil des französischen Handelsverkehrs auf den Binnenwasserstraßen von selbständigen Kleinunternehmungen betrieben werde und daß sich ihre Angelegenheiten in einem Familienverhältnis befinden, das keine sozialen Streitigkeiten kenne. Sie wehrten sich deshalb mit Recht gegen die Forderung der C. G. T.-Gewerkschaft, die 40 Stunden-Woche auch in diesem Verkehrszweig einzuführen, da die Verminderung der Arbeitszeit ihre ohnehin nicht hohen Einkünfte weiter beschränken und ungewisser dem Zusammenbruch der Flussschifffahrt herbeiführen würde. Ein äußerst herausforderndes Verhalten der C. G. T.-Gewerkschaft, die zuerst damit begonnen habe, durch Ausnutzung eines Streiks und durch die Aufforderung zur Herstellung von Flusssperren durch ihre Anhänger in großen Transportgefäßen ihre Forderungen zu verteidigen, habe nun die Flussschifffahrt dazu veranlaßt, ihrerseits zum Streik zu greifen. Bislang sei es dem Arbeitsminister als Schlichter nicht gelungen, in dem Streit

(schaff und der Bund Freier Evangelischer Gemeinden) dankbar sind für die volle Freiheit der Verkündigung des Evangeliums Christi und für den Dienst in Evangelisation, Seelsorge, sozialer Fürsorge und Gemeindeaufbau. Sie haben die nationale Erhebung des deutschen Volkes als eine Tat göttlicher Vorsehung betrachtet, ihre Gemeinde in den kritischen Tagen des Umbruchs auf die grundlegenden Werte des Apostels Paulus über die Stellung der Christen zum Staat in Römer 13 hingewiesen und sie ermahnt, in treuer Fürbitte für die Obrigkeit anzuhalten. Mit der Fürbitte haben wir den Bund verbunden, daß Gott in dem Führer einen Mann gesandt hat, dem es gegeben war, die Gefahr des Bolschewismus in Deutschland zu bannen und ein 67 Millionen-Volk vom Abgrund der Verzweiflung, an den es durch den Weltkrieg, Vertrag von Versailles und dessen Folgen geführt worden war, zurückzuführen und ihm an Stelle der Verzweiflung einen neuen Glauben, seine Wendung und seine Zukunft zu geben. Ich wünsche zu Gott, die Kirchen hätten nicht verjagt! In dem Konflikt, der in den deutschen Volkskirchen selbst ausbrach über die Frage, wie man die 27 Volkskirchen in eine Reichskirche zusammenschließen könnte, blieben wir neutral, auch als der Konflikt später eine andere Richtung annahm. Wir stellten uns auf keine Seite der streitenden Parteien. Wir hätten aber selbstverständlich innerlich mit unter den Folgen des Konflikts und beugen uns mit den Brüdern anderer Kirchen und allen ernteten Christen wegen der Versammlung der Christen, die zu solch einem Gericht geführt. Wenn in irgendeiner Zeit, dann hätte jetzt ein geeinter Protestantismus eine Rolle gehabt. Wir glauben aber, daß auch aus diesem Ringen eine heilmächtige Frucht hervorzugehen wird aus dem Verhältnis zwischen „Kirche und Staat“ im Dritten Reich.

Sehr bestimmt gehaltene Proteste gegen die von der altkatholischen Gesamt-Kirche und der russisch-orthodoxen Kirche im Ausland abgegeben worden. Professor Dr. Rev. Keunen als Delegierter der altkatholischen Kirche und Bischof Serafim als Delegat der Bischofsynode der russisch-orthodoxen Kirche im Ausland haben u. a. folgendes erklärt: „Es liegt uns fern, allen christlichen Brüdern, die um ihres Glaubens und ihres Bekenntnisses willen leiden, unter Mitgefühl zu verfallen. Wir müssen aber Widerspruch erheben, wenn in diesem Zusammenhang auch die römisch-katholische Kirche in Deutschland als eine Kirche genannt wird, die um ihres Glaubens willen zu leiden habe. Diese Erklärung erscheint uns monströs im Angesicht der Tatsache, daß die Strafverfolgungen, welche insbesondere Mitglieder geistlicher Genossenschaften in dieser Kirche ausgesetzt haben, durch schwere sittliche Vergehen bedingt waren, von solcher Art, daß sie unter Christen nicht einmal genannt werden sollten. Auch scheint es uns nicht angemessen, die Kirche bestimmter Kreise, die christliche Lehre und Kirche zu bekämpfen und wo möglich zu zerstören, als eine allgemein hingeworfene, dies um so weniger, als nach nur wenigen Wochen ein Erlaß des Reichsjugendführers die religiöse und kirchliche Unterwerfung der heranwachsenden Jugend sicher zu stellen vermag. Unter diesen Umständen ist es uns, wie wir erklären müssen, nicht möglich, uns der Botschaft der Konferenz anzuschließen.“

Der Delegierte der altkatholischen Kirche teilte dem geschäftsführenden Ausschuss der Weltkirchenkonferenz außerdem mit, daß er sich an den folgenden Abstimmungen nicht mehr beteiligen werde, zumal ja auch ein Widerspruch nutzlos sein würde.

eine Lösung zu finden. Das merkwürdige, so schreibt „Epoque“, ist bei diesem Streik, daß die C. G. T.-Gewerkschaft, die vorgebe, gegen den Kapitalismus und die Ausbeutung zu kämpfen, selber benutzt oder unbewußt das Spiel dieses Kapitalismus treibt, denn würden die kleinen Flussschiffer erst einmal verschwinden, so müßten automatisch große Gesellschaften ihren Platz einnehmen.

Streikende steinigen einen Arbeitswilligen.

(1) Paris, 23. Juli.

Zwischen Streikenden und Arbeitswilligen ist es wieder zu verheerenden Zwischenfällen gekommen. In Mesnil-Amelot steinigten Streikende einen arbeitswilligen Ententearbeiter, der schwere Verletzungen erlitten hat. In Vitry-Mory waren streikende Arbeiter die Fenster einer Zuckerfabrik ein, in der gearbeitet wurde. Dabei wurden zwei Arbeiter verletzt; sie mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Gesamtes Vermögen dem BDM vermacht.

DNB Augsburg, 22. Juli.

Die in Augsburg im Alter von 68 Jahren verstorbenen Kaufmannswitwe und Hausbesitzerin Katharina Hofmann hat ihr gesamtes Vermögen dem BDM, Untergau Augsburg, mit der Bestimmung vermacht, daß in ihrem Haus ein Heim für zukünftige Mütter eingerichtet werden soll.

Englischer Bomber abgestürzt.

Alle Insassen tot.

DNB London, 23. Juli.

In der Grafschaft Derby. Kürzte gestern abend ein schwerer dreimotoriger Bomber der englischen Luftflotte ab. Beim Aufprall auf den Boden explodierten die Tanks, die Maschine geriet in Brand und alle fünf Insassen fanden den Tod.

Ein Unglücksjahr für die britische Luftwaffe.

DNB London, 23. Juli.

Das englische Luftfahrtministerium teilte heute mit, daß mit dem gestrigen folgenschweren Flugzeugabsturz noch ein weiterer Unfall am 1. August kam. Seit Beginn des Jahres haben somit 79 Angehörige der britischen Luftwaffe bei Unfällen ihr Leben eingebüßt.

Australisches Marineflugzeug ins Meer gestürzt.

DNB Sydney, 23. Juli.

Ein Segefluggeschiff der australischen Luftwaffe ist am Donnerstag bei Melbourne ins Meer gestürzt und gesunken. Die Besatzung bestand aus zwei Pilotenoffizieren.

Schwedisches Militärflugzeug verunglückt.

DNB Stockholm, 23. Juli.

Ein schwedisches Militärflugzeug kürzte aus noch ungeklärten Gründen in den Wäner-See. Von der Besatzung ist ein Mann ertrunken, während der andere in hoffnungslosem Zustand geborgen werden konnte.



